

# «Wir setzen uns ohne Not unter Zeitdruck»

**Valentin Vogt**, Präsident des Arbeitgeberverbandes, kämpft gegen die SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung». Das sei keine Abstimmung, bei der man aus Protest Ja stimmen könne. Die Initiative sei ein Spiel mit dem Feuer, sagt Vogt.

VON **SIDONIA KÜPPER**

*Herr Vogt, Sie setzen sich als Arbeitgeberpräsident gegen die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP ein. Wenn Sie Bilanz über die Personenfreizügigkeit ziehen, sehen Sie dann auch Probleme?*  
**Vogt:** Es ist wie alles im Leben: Die Personenfreizügigkeit hat Vorteile und Nachteile. Aus Sicht der Wirtschaft und letztendlich auch für die Bürger hat die Personenfreizügigkeit per Saldo deutliche Vorteile gebracht. Wir haben in diesem Land in den letzten zwölf Jahren 600 000 Jobs kreiert, fast die Hälfte davon für Schweizer. Die Real-löhne sind in den letzten zehn Jahren um 0,6 Prozent pro Jahr gestiegen, und wir haben praktisch keine Arbeitslosigkeit. Der Wohlstand in unserem Land war, seit die Schweiz existiert, noch nie so hoch wie heute.

*Ihr Fazit fällt äusserst positiv aus. Haben Sie überhaupt Verständnis für diese Initiative?*  
**Vogt:** Natürlich habe ich Verständnis für Menschen, die sagen, dass sie keine Wohnung finden oder dass es viel Stau auf den Strassen gibt. Aber es braucht eine saubere Analyse, was das Problem ist und was die Ursachen sind. Beim Verkehr haben wir heute ein ganz anderes Mobilitätsverhalten als früher. Die Schienen- und Strassenkilometer pro Person haben deutlich überproportional zum Bevölkerungswachstum zugenommen. Oder beim Wohnverhalten: Heute sind 50 Prozent der Haushalte in der Schweiz Einzelhaushalte. Jede zweite Ehe wird geschieden. Zwei Küchen brauchen nun einmal mehr Platz als eine. Die Initiative löst keines dieser Probleme, sondern schafft neue.

*Die Wirtschaft bekämpft die Initiative der SVP geschlossen. Dabei entsteht auch der Eindruck, dass die Unternehmer und Manager einfach möglichst wenig Einmischung wollen.*  
**Vogt:** Das greift zu kurz, wenn man die Wirtschaft darauf reduziert, dass sie nur für sich schaut. Der Ansatz, sich eine Schweiz zu bauen, wie wir sie gerne hätten, und uns dann noch eine Wirtschaft zu suchen, die das alles finanziert, wird nicht funktionieren. Schauen Sie nur nach Frankreich. Wie heisst es doch so schön: Die Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne die Wirtschaft ist alles nichts. Oder anders gesagt: Der Wohlstand in der Schweiz basiert auf einer gut funktionierenden Wirtschaft

*Wenn die Wirtschaft Abstimmungs-vorlagen jeweils geschlossen bekämpfte, dann zogen die Schweizer Stimmbürger in der Vergangenheit meist mit. Nicht so bei der Abzocker-Initiative, dort offenbarte sich doch eine Vertrauenskrise gegenüber der Wirtschaft.*  
**Vogt:** Man darf nicht von der Minder-Initiative auf künftige Abstimmungen schliessen, und man kann nicht von einem Trend sprechen. Damals hatte sich eine grosse Frustration aufgebaut, und die Wirtschaft hat leider ihren Teil



Valentin Vogt, Präsident des Arbeitgeberverbandes, stört sich an der Diskussion und dem Begriff der «Masslosigkeit».

Bild Selwyn Hoffmann

dazu beigetragen, dass es so weit gekommen ist. Die Annahme dieser Initiative war ein Ventil, um Dampf abzulassen. In den letzten zehn Jahren bewies das Schweizervolk bei Abstimmungen zu Wirtschaftsfragen grossen Sachverstand. Ein Beispiel ist die Initiative, die sechs Wochen Ferien für alle forderte und mit zwei Dritteln der Stimmen deutlich abgelehnt wurde.

*Wie lange kann die Schweiz eine Nettozuwanderung von zuletzt 80 000 Personen auffangen?*  
**Vogt:** Die letzten zehn Jahre waren in diesem Land wirtschaftlich sehr erfolgreich, trotz der Wirtschaftskrise in Europa. Natürlich stellt sich diese Frage, wenn man die Vergangenheit in die Zukunft extrapoliert und davon ausgeht, dass wir immer so weiterwachsen werden. Doch bis anhin hatten wir leider immer wieder auch Krisen, in denen auch die Zuwanderung zurückging. Zudem haben wir ein Demografieproblem: In nächster Zeit werden deutlich mehr Personen aus dem Arbeitsprozess ausscheiden, weil die sogenannten Babyboomer pensioniert werden. Deshalb müssen wir jetzt durch die Einwanderung bevölkerungsmässig etwas vorholen und einen gewissen Vorrat an Arbeitskräften schaffen, um die höheren Abgänge der nächsten Jahre kompensieren zu können.

*Aber wie lange soll dieses Vorholen bei der Bevölkerung andauern?*  
**Vogt:** Das Bundesamt für Migration hat Szenarien erstellt und ausgerechnet, was es heisst, wenn wir pro Jahr eine Nettozuwanderung von 40 000 Menschen haben. Mit dieser Zuwanderung werden uns im Jahr 2030 400 000 Arbeitskräfte in der Schweiz fehlen.

*Dann rechnen Sie nicht damit, dass sich die Zuwanderung so fortsetzt?*  
**Vogt:** Nein. Wenn Sie an die Prognosen des Club of Rome denken: Wäre das alles so eingetroffen, wären wir alle längst tot. Wir hätten zum Beispiel keine Energie mehr. Wer die Daten aus der Vergangenheit eins zu eins auf die Zukunft überträgt, vergisst eines: die menschliche Innovation. Nehmen wir ein Beispiel: Als das Automobil aufkam, glaubte man, es werde sich nicht durchsetzen, weil es an Chauffeuren mangeln würde. Man ging davon aus,

dass die Autos wie Pferdekutschen von Chauffeuren gefahren werden und nicht von einem der Passagiere. Heute haben wir eine Milliarde Autos auf der Welt, und jährlich werden 80 Millionen Autos produziert. Solche Denkfehler machen wir leider immer wieder.

*Aber eine Schweiz mit zehn oder elf Millionen Einwohnern macht Ihnen keine Sorgen?*  
**Vogt:** Nehmen wir die Szenarien der Befürworter. Adrian Amstutz hat in der «Arena» von SRF erstmals die Zahl von 45 000 als mögliche Kontingentsgrösse genannt. Das Problem ist nur: Ob jetzt 60 000, was dem Zuwanderungsdurchschnitt der letzten zehn Jahre entspricht, oder 45 000 Menschen pro Jahr in die Schweiz einwandern, wir werden dennoch wachsen. Das ist eine klassische Zinseszinsrechnung. Es stellt sich nur die Frage, ob wir eine solche Bevölkerungszahl früher oder später erreichen werden. Wer hätte sich zu Zeiten einer Fünf-Millionen-Schweiz vorstellen können, dass es eine lebenswerte Acht-Millionen-Schweiz gibt? Und dennoch ist die Schweiz heute ein lebenswertes Land.

*Sie sind also dagegen, dass sich die Politik um die Zuwanderung kümmert. Aber ist es wirklich gerechtfertigt, darauf zu vertrauen, dass die Wirtschaft mit dieser Verantwortung massvoll umgeht?*  
**Vogt:** Ich störe mich sehr an diesem Wort «Masslosigkeit». Denn immer für denjenigen, der davon spricht, gilt es nicht. Oder sind Sie masslos? Bin ich masslos? Selbstverständlich nicht. Aber nehmen wir zum Beispiel die EMS Chemie, das Unternehmen der Familie Blocher. Das ist in den letzten fünf Jahren um 50 Prozent gewachsen ist, was eine tolle unternehmerische Leistung darstellt. Ist das jetzt masslos? Oder ist es masslos, dass Ständerat Minder in Deutschland Personal sucht? Die Frage ist doch: Wer muss bei einer Kontingentierung auf diese Arbeitskräfte verzichten? Eine mögliche Lösung, um die Zuwanderung zu drosseln, ist es, vermehrt auf ältere Mitarbeiter und auf Frauen zu setzen. Aber gerade die SVP hat die Familien-Initiative lanciert, die es für Frauen noch weniger attraktiv gemacht hätte, erwerbstätig zu sein. Es ist auch die SVP, welche die Revision des Raumplanungsgesetzes vehement bekämpfte.

*Die Schweiz ist umgeben von Ländern, die ein deutlich tieferes Lohnniveau*

*haben. Es ist doch auf Dauer nicht realistisch, dass wir an unserem Wohlstandslevel festhalten können.*  
**Vogt:** Doch, das haben wir in den letzten zehn Jahre bewiesen. Es gibt die Observatoriumsberichte des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), und dort wurde einzig in der oberen Hälfte der Einkommen ein leichter Lohndruck festgestellt. Es gibt die flankierenden Massnahmen ...

*... die Sie nicht ausbauen wollen.*  
**Vogt:** Das stimmt nicht. Wir wollen keine neuen Gesetze, aber wir wollen den Missbrauch konsequent unterbinden und die Durchsetzung dieser Massnahmen verbessern. Dort gibt es von Kanton zu Kanton grosse Unterschiede. Eine Arbeitsgruppe der Sozialpartner unter der Leitung des Seco, arbeitet an der Verbesserung des Vollzugs der bestehenden Gesetze.

*Besteht nicht die Gefahr, dass wir eine Infrastruktur aufbauen, die wir längerfristig gar nicht benötigen?*  
**Vogt:** Man muss fairerweise sagen, dass wir heute über eine Infrastruktur verfügen, die auf fünf Millionen Einwohner ausgerichtet ist. Wir haben hier einen deutlichen Nachholbedarf.

*Sie sind auch Verwaltungsratspräsident von Burckhardt Compression: Wie würde sich ein Ja zur Initiative auf Ihr Unternehmen auswirken?*  
**Vogt:** Die Wirtschaft lässt sich Wachstum nicht verbieten, auch mein Unternehmen nicht. Wir können unseren Kunden nicht sagen, dass in der Schweiz eine Kontingentierung beschlossen wurde und wir deshalb ihren Auftrag nicht erfüllen können. Dann müssten wir halt im Ausland stärker wachsen als in der Schweiz. Jedes Unternehmen, das aufhört, an Wachstum zu denken, und nicht daran arbeitet, wird über kurz oder lang vom Markt verschwinden.

*Eben dieses Streben nach immer mehr finden viele Leute unmoralisch.*  
**Vogt:** Aber die Leute vergessen: Es gibt auch wieder Phasen, in denen das Wachstum stagniert oder rückläufig ist. So ist im Umfeld der Krise 2008 der Umsatz in meinem Unternehmen um 20 Prozent zurückgegangen und wächst seither wieder. Ich verstehe diese Diskussion nicht und erinnere an die 90er-Jahre. Damals haben wir händeringend nach Wachstum gesucht. Nun wachsen wir und es ist auch nicht recht.

## Einwanderungs-Initiative Zwei grosse Interviews

**«Gegen Masseneinwanderung»**  
Zur Masseneinwanderungs-Initiative der SVP publizieren die SN zwei grosse Interviews. Gestern erschien das Gespräch mit Nationalrat Christoph Blocher, einem Befürworter der Initiative. Heute folgt nun das Interview mit Arbeitgeberpräsident und Gegner der Initiative, Valentin Vogt.

*Im Initiativtext steht, dass die Kontingente den Bedürfnissen der Wirtschaft angepasst würden. Sie vertrauen offenbar nicht darauf, dass eine gute Lösung möglich ist.*  
**Vogt:** Es ist ja nicht die Idee der Initianten, dass wir einen Systemwechsel machen und danach gleich viele Zuwanderer kommen, wie heute. In den letzten zehn Jahren hatten wir durchschnittlich eine Nettozuwanderung von 60 000 Personen. Wenn wir jetzt Kontingente von 45 000 Bewilligungen erlassen, wer muss dann auf diesen eingesparten Viertel verzichten? Die Bauwirtschaft? Die Bauern? Die Maschinenindustrie? Wie soll man vorhersehen, wie gut die Gemüseernte nächstes Jahr ausfällt und wie viele Arbeitskräfte nötig sein werden? Wir rechnen mit 190 000 Gesuchen. Gehen wir von 2000 Franken pro Gesuch aus, dann fallen 400 Millionen Franken an Bürokratiekosten ohne zusätzlichen Nutzen an.

*Kommen wir noch auf die Frage der Bilateralen zu sprechen. Im Initiativtext steht, die Verträge müssten nicht zwingend gekündigt werden.*  
**Vogt:** Das Problem ist doch: Niemand weiss, was bei einem Ja passieren wir. Man muss die Verträge neu verhandeln müssen und wenn es keine Einigung gibt, muss das Abkommen zur Personenfreizügigkeit und damit alle anderen sechs Bilateralen-I-Verträge gekündigt werden. Weil die Initiative einen Zeitrahmen von drei Jahren vorgibt, setzen wir uns ohne Not unter Zeitdruck. Das führt zu Unsicherheit, und die ist für die Wirtschaft viel schlimmer als schlechte Nachrichten. Das ist keine Abstimmung, bei der man aus Protest einfach ein Ja einlegen kann, wie zum Beispiel bei der Minarett-Initiative. Wir spielen mit dem Feuer. Das muss allen klar sein.